

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tplr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8, Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5, Rue Brulée; Paris, 2, Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die National-Zeitung und die Schleswig-Holsteinische Frage.*)

I.

P. Aus der blutigen Saat des Jahres 1848 erwuchs unter anderen charakteristischen Erscheinungen auch die National-Zeitung. Das erkämpfungsbarrende Volk hatte wieder einmal geblutet, und was es vorher für den Absolutismus gethan hatte, das that es damals für die Bourgeoisie. Die Bourgeoisie, welche schon vorher durch die Macht des Kapitals in der Gesellschaft eine vorherrschende Machtstellung erworben hatte, gelangte nun auch im Staate zur vollsten bürgerlichen Gleichberechtigung. Ihr vornehmstes Organ aber, ihren geistigen Ausdruck, fand die Bourgeoisie, so weit sie dem Protestantismus angehört, in der National-Zeitung.

Die Volkszeitung lannegieberte von jeder einem Weisheitsphilister gleich, dessen momentane politische Anschauung von der Stimmung abhängig ist, die das Weisheit gerade in ihm erzeugt. Die National-Zeitung dagegen war bemüht, System in ihre Politik zu bringen.

Auch sie war einmal — und hoffentlich empfindet sie darüber keine Reue — jung. Das paßte nicht jedem Blatt, so wenig wie jedem Menschen. Sie trat mit einer gewissen Jugendfrische und Lebendigkeit auf den Kampfsplatz. Voll Freude, und noch ungewohnt der errungenen Machtstellung, tummelte sie sich, kein Mensch kann zwar sagen kampfesmutbig, aber doch kampfeslustern umher.

Doch diese Jugendfrische konnte nicht von langer Dauer sein. Sie konnte nur so lange währen, als die National-Zeitung nicht zum Bewußtsein ihrer selbst gekommen war. Im Rausche des „Völkerfrühlings“ mochte auch sie sich dem Glauben hingeben haben, daß sie Ausdruck und Stimme des Volkes sei. Allein es war unmöglich, daß sie sich dies gute Gewissen lange bewahrte. Denn das neue Staatsrecht, welches sich aus der Revolution des Jahres 1848 herausrang, war nur ein Recht der Bourgeoisie, und zur vornehmsten Vertreterin dieses Rechtes machte sich die National-Zeitung.

Das natürliche Staatsrecht ist leicht verständlich und dem gewöhnlichsten Verstande begreiflich. Es ist eben das Recht, welches sich offenbart und sich setzt durch den Willen des Volkes. Das Recht der Bourgeoisie dagegen, weil anerlogen, verlangte ein wohlgedachtes Trugsystem. Es mußte ja eben bewiesen werden, das dies Recht das einzig wahre und natürlichste sei, und es läßt sich nicht leugnen, daß die National-Zeitung mit eben so viel Fleiß als Neigung dies Trugsystem

auszubilden bemüht gewesen ist. So entstand jener lügenhafte doktrinaire Schematismus, der in ihren Spalten seine langweilig grämlichen Mohntrauben treibt und mit nicht geringerer Aengstlichkeit als Virtuosität alles zu vermeiden weiß, was das Blut frischer pulsiren läßt und Leben und Bewegung in das Parteilieben bringen kann.

Man hat den Arbeitern viel vorgeschwätzt von der Solidarität zwischen Kapital und Arbeit, und in der That eine solche Solidarität ist vorhanden, aber sie zu verwirklichen, muß erst die Selbstsucht der Bourgeoisie gebrochen werden. Das ist aber eine jener perfiden Lügen, mit denen man die Arbeiter zu täuschen sucht und getäuscht hat, indem man die Begriffe des Kapitals und der Bourgeoisie geschickt vertauschte. Kapital und Arbeit haben allerdings gleiche Interessen, aber die Bourgeoisie und die Arbeiterpartei sind naturgemäße Gegner wie Feuer und Wasser, und es ist zwischen ihnen nur ein Kampf bis aufs Messer denkbar.

Es ist von vornherein unmöglich, daß in einem Blatt, wie die Nat.-Ztg., als Vorkämpferin der Bourgeoisie, Sinn oder Gefühl für Freiheit und Volksrechte zu finden sein könnten. Wenn aber irgendwo, so zeigt sie dies in der Schleswig-Holstein'schen Frage.

Sie warnte seiner Zeit vor dem Provisorium in der Militär-Reorganisation, weil dies, wie sie richtig erkannte, den Charakter des Definitivums an sich trug. Und wie hätte sie diese Warnung nicht aussprechen sollen? Steuern sind auch der Bourgeoisie fatal, und die National-Zeitung bekämpfte die Militär-Reorganisation deshalb so lange, bis die Situation sich dadurch änderte, daß die Schleswig-Holstein'sche Frage an Preußen näher herantrat. Von da ab gerieth sie mit ihrem Kampfe gegen die Militär-Reorganisation in die Brüche; denn die Schleswig-Holstein'sche Frage hat für Preußen nicht bloß eine politische Bedeutung, sie hat auch eine merkantile, industrielle und gewerbliche Bedeutung, und mit dieser letzteren mußte die politische Frage für die Bourgeoisie entschieden sein. Hier bürgerliche Freiheit, dort Profit! Welches ehrliche Bourgeoisherz könnte bei einer solchen Alternative zweifelhaft sein! Aber nun galt es wieder, diesen Profit der Bourgeoisie dem einfachen bürgerlichen Verstande als bürgerliche Freiheit plausibel zu machen, es galt in mehr oder minder ausgesprochener Form das Blut des Volkes und seinen Sinn für Freiheit und Volksrecht mit Annerzionsgedanken zu vergiften, ja die National-Zeitung entblödet sich nicht, mit gleichnerischer Scheinheiligkeit dem Volke die Annerzion als den notwendigen Weg zur Freiheit zu bezeichnen und so ein schändes Spiel mit dem Heil und den Interessen der preussischen Staatsangehörigen und des deutschen Volkes zu treiben.

Wie plump und ungeschickt sie aber dabei zu Werke geht, davon in der nächsten Nummer.

Politischer Theil.

Berlin, 16. August.

Ueber Oesterreichs Militärbudget bringt die „Köln. Ztg.“ einen Leitartikel, den wir als sehr beachtenswert nachstehend fast vollständig wiedergeben. Derselbe lautet:

Die neuen österreichischen Minister haben kein Programm aufgestellt; durch ihre Thaten, sagten sie, wollten sie sprechen. Die erste dieser Thaten bringt jetzt die Wiener Zeitung vom 15. August. (Vgl. Nr. 117. des „Soz.-Dem.“ unter Berlin.)

Als That betrachten wir nicht etwa die Redensarten: Sparsamkeit, Herstellung einer dauernden Ordnung im Staatshaushalte u. s. w., die seit 16 Jahren jedes der wechselnden Ministerien im Munde führte, besonders so oft es eine neue Anleihe machen wollte. — Nein, die That, von der wir reden, besteht darin, daß der Kaiser angeordnet hat, das Militär-Budget müsse auf achtzig Millionen herabgesetzt werden.

Das heißt mit anderen Worten: der Kaiser erklärt, daß er die ganze Zeit hindurch, seit Besiegung der Aufstände im Innern des Reiches 1849 bis auf den heutigen Tag, im Unrechte und die Presse und die öffentliche Meinung sammt deren letztem Ausdruck, dem Reichsrathe, im Rechte gewesen ist.

Die öffentliche Meinung und die Volksvertretung in Oesterreich behaupteten beständig, die Ausgaben für das Militär seien zu hoch, Oesterreich könne sie auf die Dauer nicht ertragen, der Staat ginge auf diese Weise dem Bankrotte entgegen. Die Regierung behauptete eben so beharrlich, das müsse sie besser wissen, sie allein vermöge zu beurtheilen, eine wie große Streitmacht zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und der Würde des Reiches erforderlich sei, Se. Majestät der Kaiser allein, als oberster Kriegsherr, dürfe bestimmen, was seine Völker für das Heer leisten könnten und leisten müßten. Unumschränkte Regierungen halten sich immer für unerschöpflich. Ja, selbst dann, als 1861 in Oesterreich eine constitutionelle Regierung mit großem Pompe eingeführt war, sollte dies so fortanern. Der erste und oberste Grundsatz einer constitutionellen Regierung ist, daß das Volk selbst durch seine Abgeordneten zu bestimmen hat welche Lasten es auf sich zu nehmen Willens und im Stande ist. Aber mit gänglicher Vertennung dieses Lebensnervs und Grundprincipes jeder constitutionellen Verfassung magte in Oesterreich die Regierung sich fort und fort an, aber die notwendige Höhe des Militär-Budgets zu entscheiden. Der Reichsrath war zu schwach, sich ernstlich zu widersetzen, und die Folge war, daß der Staat mit jedem Jahre sich tiefer in Schulden stürzte, bis dem jetzt endlich die Verlegenheit und Noth so groß geworden ist, daß sie Eisen bricht, selbst den eisernen Willen des Kaisers Franz Joseph. Die Regierung hatte ihr Budget, wie das immer und jedes Mal von jeder Regierung geschieht, mit vielen Verschönerungen und Bethebungen eingebracht, dies sei das Aeußerste, was die Regierung an Sparsamkeit leisten könne, wenn sie nicht die Interessen des Reiches gefährde oder beschädigen wollte. Unter dem Drängen der Finanznoth erklärte sie nach einiger Zeit, zwanzig Millionen wolle sie sich abdingen lassen, das sei nun aber auch das Alleräußerste. Die österreichischen Abgeordneten ließen sich nicht irren machen, sie bestanden auf größeren Abschnitten, und inzwischen waren die Enthüllungen über

* Von befreundeter und geschätzter Seite gehen uns unter dieser Ueberschrift zwei Artikel zu, welche wir unsern Lesern nicht vorenthalten zu sollen glauben und deren ersten wir ihnen gleich heute bringen.

Österreichs Finanzlage so entseuernd geworden, daß die Regierung beim Schlusse des Reichsrathes noch mehr Zugeständnisse machte. Man vereinigte sich auf 89 Millionen Gulden. Und jetzt kommt endlich das Eingehändnis aus kaiserlichem Munde, daß die Abgeordneten Recht gehabt, daß selbst die radicalsten Abgeordneten kaum weit genug gegangen, daß, statt wie bisher 107 Millionen, nicht mehr als 80 Millionen für das Heer verausgabt werden dürften, daß diese Herabminderung wenigstens allen Ernstes angestrebt werden solle.

Es muß sich zeigen, ob die bessere Einsicht endlich, endlich zur Geltung gelangt, und ob sie nicht vielleicht zu spät kommt, um einen Staatsbankrott zu verhindern. Möge diese gewaltige Lehre überall beherzigt werden, namentlich dort, wo in gewissen Regionen noch dieselben Ansichten herrschen, die in Oesterreich zu Fall gekommen sind. Ausland legt sein Heer herab und entwaffnet, Oesterreich entwaffnet, Italien entwaffnet, Frankreich entwaffnet, nur Preußen hat sein Heer seit 1859 mitten im Frieden fast um die Hälfte vermehrt. Durch unerwartete Umstände, durch den Tod des Königs von Dänemark und die schleswig-holsteinische Verwicklung hat die große Verstärkung des preussischen Heeres einen Sinn und eine vorübergehende Entschuldigung erhalten. Man kann sie als erhöhte Kriegsbereitschaft gelten lassen. Aber jetzt, wo, wie es scheint, die schleswig-holsteinische Frage ihren friedlichen Austrag finden wird, ist gewiß die Zeit gekommen, wo die preussische Regierung mit Anstand und mit Ehren den Frieden auch im Innern mit der öffentlichen Meinung des eigenen Volkes abschließen könnte und sollte.

Deutschland.

* Berlin, 16. August. [Die Unterhandlungen betreffend] bestätigt es sich, daß man zu einem Abkommen gelangt ist. Jedoch verlautet über dessen Inhalt noch nichts mit Bestimmtheit und Alles, was die Blätter melden, sind nur Vermuthungen. Nur soviel dürfte mit Sicherheit anzunehmen sein, daß das Abkommen ein dürftiges ist und eben nur so viel enthält, als zur friedlichen Fortsetzung des „Condominiums“ unerlässlich ist. Die Monarchenzusammenkunft findet Sonnabend den 19. d. zu Salzburg statt. Auch soll der Großherzog von Oldenburg anwesend sein.

— [Sieg der Regierung über die Fortschrittspartei.] Nachstehende Notiz läuft durch die Blätter:

Unter den Wahlmännern der Provinz Sachsen circultirt eine Zustimmungsadresse an die Abgeordneten dieser Provinz zur Unterzeichnung. Dieselbe wird, nachdem sie den Abgeordneten eingehändig ist, veröffentlicht werden. Am Schlusse der Adresse wird bemerkt, daß das beabsichtigte Abgeordnetentest in der Provinz Sachsen, nach den am Rhein gemachten Erfahrungen mit Auslegung des Vereinsgesetzes, nur im Interesse der öffentlichen Ordnung aufgegeben worden sei.

Demnach hat die Fortschrittspartei vollständig auf das bestehende Vereinsrecht verzichtet, die Regierung somit diesen Feiglingen und hohlen Schwägern gegenüber ihren Zweck erreicht. Auch aus Elberfeld wird berichtet, daß eine Tischgesellschaft von Kappelweibern sich nicht unterstand, Reden zu halten. Die „Verl. Ref.“ berichtet über diesen jammervollen Vorgang also:

Unter den Ehrenbezeugungen, mit welchen Hr. Claffen-Kappelmann jetzt in seiner heimatlichen Provinz in Anerkennung seiner Verdienste um die Rheinischen Oberbürgermeister überhäuft wird, findet sich eine, die wir als besonders charakteristisch hervorheben: ein Festmahl nämlich, das ihm in Elberfeld gegeben wurde. Da man wußte — so erzählt die „Elb. Ztg.“ — daß der überwachende Polizei-Commissar angewiesen war, seine politischen Reden zu gestatten, so bildeten Gesang-Verträge eines Doppel-Quartetts die gemeinsame geistige Würze des belebten Abends. Aus den Proben dieser Gesänge, welche das Blatt giebt, erweist sich, daß dieselben durchaus an Stelle der Reden traten. Das erste Lied brachte den Toast auf den Gast — „Worte dürfen Dir's nicht sagen, nimm ihn heute mit Gesang“ — und so ging das weiter. Der Humor steigerte sich schließlich bis zur Selbstverspottung in einem Gesange:

Freunde ringsum!
Wir glüh'n für Soltes Rechte,
Nimmer macht man uns zum Knechte.
Freunde ringsum.

Freunde ringsum!
Lasset die Reden erschallen,
Schlösser vom Mund sind gefallen.
Freunde ringsum.

Freunde ringsum!
An dem genügigsten Orte
Tönen die freiesten Worte.
Freunde ringsum.

(Hoffentlich war, um jeden schändlichen Verdacht gegen diese „Sänger und Soldaten“ zu entkräften, das Lied für tiefen Haß geschrieben. Die gute Laune, mit der man sich im Wuppertbale in die gegenwärtige Lage des Vereinsrechtes zu finden weiß, kann ihres zeitlichen Lobnes in dem Besalle der Obrigkeit sicher sein. Quils chantant!)

So die „Verl. Ref.“ Die gothaische „Rhein. Ztg.“ hingegen hat kein Wort des Tadelns gegen die Elberfelder Erbärmlichkeit, sondern bringt einen begeisterten Bericht über den Vorgang. Warum? Aus gothaischer Ueberzeugung oder weil die Actieninhaber (die Kappelmannen) den Bericht eingeschickt haben? Wir wissen es nicht.

— [Zum Hofstetten'schen Fall] freut es uns, mittheilen zu können, daß das Ministerium des Innern das Vorgehen der Polizei nicht gebilligt zu haben scheint. Wenigstens wurde Herr v. Hofstetten heute von der Distriktpolizei aufgegeben, die Urkunde über die Entlassung aus dem bayerischen Staatsverbanne, welche ihm vom Polizeipräsidium zurückgestellt worden war, erneut bei demselben einzureichen. Bekanntlich hatte das Polizeipräsidium schon vor einem halben Jahre durch amtliches Decret Herrn v. Hofstetten das preussische Staatsbürger- und Berliner Heimathrecht für den Fall zugesichert, daß er die erwähnte Entlassung beibrächte. Auch das Ministerium des Innern scheint der Ansicht zu sein, daß es der Polizei nicht zustand, von jenem Decrete abzugeben, eine Rechtsauffassung, von der wir mit Freuden Act nehmen.

Ausland.

* Paris, 14. Aug. [Tagesbericht.] Heute fand im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten der Austausch der Ratificationen des internationalen Telegraphen-Vertrages statt. Zur Vermeidung der gar zu lästigen Formalitäten ging dieser Austausch unter allen contrahirenden Regierungen nur in Paris vor sich und fällt unter den einzelnen Regierungen weg. — Auf dem Champs de Mars fand heute eine große Revue der Armee von Paris so wie der Kaisergarde vor dem neuen Ober-Befehlshaber Marschall Canrobert statt. — Der französische Gesandte in Konstantinopel, Marquis de Moustier, dessen Ankunft hier stündlich erwartet wird, hat vom Sultan die feste Zusage erhalten, daß die Angelegenheit des Suez-Canals, dem Schiedspruch des Kaisers Napoleon entsprechend, geregelt werden wird. — Die „France“ meldet: „Seit gestern haben Lustfahne auf den Eisenbahnen bereits über 300,000 Reisende nach Paris gebracht. Auf den Straßen und Boulevards ist ein solches Gewoge, daß das Durchkommen schwer ist.“

* New-York, 3. August. [Ein charakteristischer Tagesbefehl] ist vom Unions-General Frank P. Blair, Commandeur des 17. (Tennessee-) Armee-corps, an seine Soldaten erlassen worden. Derselbe zeigt wohl am besten die Stimmung, die in Bezug auf die Monroe-Doctrin in einflussreichen, vielleicht in den maßgebenden Kreisen herrscht: „Die Zeit ist gekommen“, sagt er, „wo das Princip der Monroe-Doctrin, die eben sowohl die Zukunft als die Ehre unseres Landes interessirt, aufrecht erhalten werden muß. Dieses Princip muß um jeden Preis zum Austrage kommen. Die Conspiration, die eine Intervention in Mexico zum Zwecke hatte, muß vereitelt werden. Wir werden sicherlich mit Vergnügen sehen, wenn die Diplomatie allein zur allgemeinen Genugthuung diese für unsere spätere Sicherheit so wichtige Frage lösen wird. Und in der That, wenn man zu diesem Resultate mit friedlichen Mitteln zu gelangen vermöchte, so könntet Ihr, an den heimathlichen Heerd zurückgekehrt, Euch ohne Sorgen der Entwicklung und der nationalen Wohlfahrt des Staates widmen. Und um zu solchen Zielen zu gelangen, könntet ihr nichts Besseres thun, als Euch im Süden niederzulassen, den zu unterwerfen Ihr mitgearbeitet habt. Aber wenn die Diplomatie allein die Monroe-Doctrin auf unserem Continente nicht triumphiren lassen kann, wenn die Despoten Europa's die Occupation Mexico's fortsetzen wollen, dann, Soldaten, werdet

Ihr von Neuem unter die Fahnen der Union gerufen werden, um das zu vollenden, was Ihr in so glänzender Weise begonnen habt.“

Vereins-Beil.

* Berlin, 16. Aug. (Zum Krall'schen Maßregelungsfall.) Herr C. F. Krall fordert uns auf, seinen Freunden und Brüdern anzuzeigen, „daß er durch seine Entlassung aus der Arbeit außer Stand gesetzt worden sei, in Raumberg a. d. S. Arbeit zu finden und daher nach Feitz übergesiedelt sei, wo er aber bis jetzt leider auch keine Arbeit habe finden können“. Zugleich sagt derselbe der Apoldaer Gemeinde herzlichsten Dank für die ihm zugestellten drei Ehaler. Mögen unsere Freunde Herrn Krall, der durch seinen Kampf für die gemeinsame Sache, insbesondere durch die Erfüllung der ihm vom Allg. deutsch. Arb.-Verein übertragenen Pflichten, in so schmäblicher Weise anker Brod gesetzt wurde, nicht vergessen! — (Seine jetzige Adresse ist: Feitz, Rahnegasse 361, 1 Trepp.)

* Berlin, 16. August. (Buchdrucker-Gehülfenverein.) Nach Eröffnung der Sitzung nach 9 Uhr durch Hr. Meyer ergriff das Wort Hr. Hübe, welcher über Heinrich Heine sprach und in anziehender Weise das Leben und Wirken dieses Dichters an der Versammlung vorüberführte. Nach der Pause schritt man zur Wahl eines dritten Vorstehenden, wozu an die Stelle des aus dem Vorstande ausgetretenen Mitgliedes, Herr Söffner erwählt wurde. Hiernach schritt man zu einer ausführlichen Besprechung und Regelung der Viaticumsangelegenheit. In der vorigen Versammlung war eine Kommission zu dem Zwecke, desfallige Vorlagen zu machen, erwählt worden und die Arbeit dieser Kommission wurde nun der Debatte zu Grunde gelegt. Zwei leitende Gedanken waren es, welche sich bei der Verathung dieses Gegenstandes als bestimmend erwiesen: einmal die Erwägung, daß alle Mißbräuche, alle ungerechtfertigten Ausbeutungen fern zu halten seien, andererseits aber auch, daß man den reisenden Kollegen möglichst entgegenkommen müsse. Bei der Verathung und Beschlusfassung war es, wie wir mit Freunden berichten, der zweite Gesichtspunkt, welcher den ersten überwog, indem man von der Ansicht ausging, es sei besser, daß zuweilen ein Unwürdiger den Vortheil des Viaticums genieße, als daß man Gefahr laufe, durch allzu große Vorsicht einen Würdigen leer ausgehen zu lassen. Derselbe Geist, der bei Gelegenheit der Leipziger Arbeitseinstellung im Berliner Buchdrucker-Gehülfenverein sich so glänzend bewährte und zu einer Haltung führte, welche als leuchtendes Beispiel für die Arbeiter von ganz Deutschland dienen konnte, zeigte sich auch bei den gestrigen Verhandlungen. Insbesondere waren es die Herren Meyer, Feitel und Söffner (die drei Vorstehenden des Vereins) sowie Herr Schilling, welche auf eine liberale Behandlung der Sache drangen, und die Abstimmungen zeigten, daß der Verein gleichen Geistes war. Die Wiedergabe der einzelnen Bestimmungen, wonach die Ertheilung des Viaticums geregelt wird, dürfte für heute als zu weitläufig erscheinen.

Nach Erledigung des Fragelastens wurde die Versammlung nach 12 Uhr in der Nacht geschlossen.

Berlin, 15. August. (Berliner Arbeiter-Verein.) In der gestrigen Versammlung berichtete Hr. Müller über das Fahnenweihfest in Spandau, das von Mitgliedern des Vereins zahlreich besucht war. — Es wurde zunächst beschloffen, Stuttgarter Arbeitertag durch einen Deputirten zu beschiden, und zwar durch den Vorstehenden, Herrn Bandow, der zur Zeit wohl leidend ist, aber nach Versicherung des Arztes im Stande sein wird, die Reise zu unternehmen; event. wurde Herr Dittmann als Stellvertreter designirt. Derselbe machte auf die Wichtigkeit der Verathung des Status einer Altersversorgungsaße aufmerksam, die auf der Tagesordnung des Arbeitertages steht und wünscht, daß zur Besprechung über diesen wichtigen Gegenstand eine besondere Versammlung kurz vor der Abreise des Deputirten abgehalten werde, in welcher derselbe die Wünsche und Meinungen des Vereins kennen lerne. — Auf der Tagesordnung stand noch die in voriger Sitzung abgebrochene Debatte in der Angelegenheit zwischen Herrn Dittmann und der Volkzeitung. Der Vorstand hatte vorgeschlagen, die Sache auf sich beruhen zu lassen; jedoch erhielt Herr Dittmann das Wort, da er in der vergangenen Sitzung nicht gegenwärtig war und Herrn Hoffmann nicht antworten konnte. Herr Dittmann blieb im Wesentlichen bei seinen Ausführungen in der großen Versammlung in der Alhambra stehen und somit wurde der Gegenstand verlassen. — Der Vorstand machte Mitteilung über das zu Ehren des Geburtstages von Schulze-Delitzsch zu veranstaltende Fest. Dasselbe wird am 28. d. in Bode's Salon in der Frankfurter Straße stattfinden und wurde beschloffen, Billets für die Mitglieder zu 1 1/2 Sgr. zur Disposition zu stellen, als Entree an der Kasse 2 1/2 Sgr. und von dem am Balle Theilnehmenden 2 1/2 Sgr. extra zu nehmen.